

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**14
80**

Union in Deutschland

Bonn, den 16. April 1980

Schmidt muß Farbe bekennen

Die CDU verfolgt mit großer Sorge die drastische Verschlechterung des politischen Klimas zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Bundeskanzler Schmidt trägt hierfür eine entscheidende Verantwortung. Dies stellte Helmut Kohl in einer Erklärung fest, die vom Präsidium auf seiner Sitzung am 14. April 1980 in Bonn einmütig gebilligt wurde.

Die in Zeiten der Berlin-Krisen als Selbstverständlichkeit geforderte Solidarität mit den USA wird von vielen Sozialdemokraten in Frage gestellt. Die SPD-Politiker Brandt, Wehner und Bahr haben zusammen mit anderen prominenten Sozialdemokraten bis in die letzten Tage hinein immer wieder die sowjetische Aufrüstung verharmlost und Verständnis für die Moskauer Expansionspolitik zu wecken versucht.

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, die Vereinigten Staaten nachdrücklich zu unterstützen. Je schneller und entschlossener die Verbündeten gemeinsam handeln, desto geringer ist die Möglichkeit einer gefährlichen Eskalation des iranischen Konfliktes und desto größer ist die Chance einer friedlichen Befreiung der Geiseln. Frieden und Freiheit der Bundesrepublik Deutschland erfordern eine grundlegende Neubelebung und Festi-

(Weiter auf Seite 2)

KRISE

Kanzler als Panikmacher

Seite 2

AUSLANDSKREDITE

Gefährliche Wege zur Finanzierung des verschuldeten Staatshaushaltes

Seite 5

BUNDESWEHR

Soziale Lage der Soldaten muß verbessert werden

Seite 7

KOALITION

SPD-Linke nimmt Castro in Schutz

Seite 9

MITTELSTAND

Steuerliche Vereinfachungen und Erleichterungen gefordert

Seite 11

SOZIALWAHLEN

Erklärung von Generalsekretär Geißler

Seite 13

DOKUMENTATION

Soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer

grüner Teil

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gesamtangebot

rosa Teil

REGISTER

Register für

UID 1—13/1980

gelber Teil

Franz Josef Strauß: Kanzler als Panikmacher

Bundeskanzler Helmut Schmidt betätigt sich nach Auffassung von Franz Josef Strauß seit Monaten als Panikmacher. Sinn dieser sinnlosen Panikmache sei offenbar, sich selbst der Öffentlichkeit zu gegebener Zeit als großer Retter in der Krise zu empfehlen. Nach seiner Prognose von bevorstehenden Mineralölverteilungskriegen vergleicht der Bundeskanzler jetzt sogar schon das Kriegsjahr 1914 mit dem Wahljahr 1980. 10 Jahre lang hätten die Regierungen Brandt und Schmidt im Gleichklang mit Herbert Wehner ihre sozialistische Entspannungspolitik als Musterbeispiel dafür gepriesen, daß der Frieden Tag für Tag sicherer werde. Jetzt spreche der Bundeskanzler plötzlich von einer Kriegsgefahr wie im Jahre 1914. Dies sei ein jämmerliches Spiel aus einer Mischung von Größenwahn und Verantwortungslosigkeit, betonte Strauß.

Nach Auffassung des CSU-Vorsitzenden betreibe Schmidt schrittweise die Abkoppelung Europas von den USA und stehe damit in einer nahtlosen Übereinstimmung mit Herbert Wehner, der genauso wie die Jungsozialisten den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan herunterspiele, für die Interessen der Sowjetunion werbe, der deutschen Öffentlichkeit eine falsche Interessenlage vorgaukele und gleichzeitig eine Kampagne gegen die USA betreibe. Helmut Schmidts politischer Weg sei gekennzeichnet von falschen Analysen, polemischen Angriffen auf die USA, panikstiftender Unruhe in der Öffentlichkeit und hemmungslosen Beschimpfungen des politischen Gegners. Immer größere Kreise in der Öffentlichkeit würden erkennen, meinte Strauß, daß die SPD mit Brandt, Wehner und Schmidt ein Sicherheitsrisiko für den Westen und das deutsche Volk sei.

(Fortsetzung von Seite 1)

gung der atlantischen Solidarität. Nur so kann einer gefährlichen Aufweichung und Schwächung der Allianz Einhalt geboten werden.

Bis heute fehlt eine klare Stellungnahme der Bundesregierung zur Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau. Durch ihre Politik der Verzögerung hat die Bundesregierung schon heute die moralische Wirkung der Entscheidung gegen die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen in der Sowjetunion gemindert. Zugleich hat sie dadurch das deutsch-amerikanische Verhältnis belastet und Unsicherheit in den deutschen Sport hineingetragen.

Bundeskanzler Schmidt kann nicht länger einer eindeutigen Entscheidung ausweichen, ohne den deutschen und westlichen Interessen zu schaden. Nach der Entscheidung des amerikanischen Olympischen Komitees für eine Nichtteilnahme von US-Sportlern fordert die CDU-Bundeskanzler Schmidt auf, jetzt unverzüglich Farbe zu bekennen und eine entsprechende klare Empfehlung an das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik Deutschland noch in diesen Tagen auszusprechen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands mißbilligt auf das schärfste, daß die verantwortlichen Politiker des Iran auch weiterhin nicht bereit

sind, die amerikanischen Geiseln in die Freiheit zu entlassen. Wer terroristische Methoden in den diplomatischen Verkehr einführt, greift die Völkerrechtsgemeinschaft an und bedroht den Frieden der Welt. Das Mitgefühl und die Solidarität der CDU gelten den Geiseln in Teheran und ihren Angehörigen, dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung.

Moskaus Einmischung zurückweisen

Die kaum verhüllte Drohung des sowjetischen Botschafters in Bonn, Wladimir Semjonow, mit Konsequenzen für die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Falle eines Olympia-Boykotts der deutschen Sportler stellt eine klare Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland dar und macht zugleich deutlich, welch hochpolitische Rolle die Führung der Sowjetunion der Moskauer Olympiade in Wirklichkeit zugesetzt hat.

Das Verhalten des sowjetischen Botschafters ist für einen Diplomaten höchst ungewöhnlich, stellt hierzu der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Philipp Jenninger, fest. Die CDU/CSU weist seinen Einmischungsversuch um so entschiedener zurück, als Semjonow zugleich angekündigt hat, KPdSU-Generalsekretär Breschnew werde sich in den nächsten Tagen — offenbar über die Köpfe der Bundesregierung hinweg — in einem Appell an die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wenden.

Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, Botschafter Semjonow mit Nachdruck an die Grenzen der diplomatischen Gepflogenheiten zu erinnern.

■ INFORMATION

Mit doppelter Kraft weitermachen

Das Landespräsidium der CDU in Nordrhein-Westfalen hat sich in Köln unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden, Kurt H. Biedenkopf, mit der durch die Erkrankung des Spitzenkandidaten Heinrich Köppler eingetretenen Lage befaßt. Auf Vorschlag von Biedenkopf faßte es folgenden einstimmigen Beschuß:

„Alle Mitglieder und Freunde der Union wünschen Heinrich Köppler eine schnelle und vollständige Genesung. Sie danken ihm für seinen unermüdlichen Einsatz, um die Partei bei der Landtagswahl am 11. Mai zum Sieg zu führen.“

Das Landespräsidium bestätigt die Wahlkampfkonzeption und bisherige Linie. Sie soll fortgesetzt werden. Mit doppelter Kraft wird jeder an seinem Platz in der Union für den Wahlsieg der Union und Heinrich Köppler weiterkämpfen.

Das Landespräsidium ruft die gesamte Partei auf, sich der besonderen Herausforderung bewußt zu sein und durch Einsatz und Engagement im Landtagswahlkampf zum Erfolg am 11. Mai beizutragen.

Gute Kunde aus dem Krankenhaus in Düsseldorf-Gerresheim, in das Heinrich Köppler nach seiner Erkrankung eingeliefert worden ist: Der Genesungsprozeß macht gute Fortschritte.

Nicht mit der Schießanlage an der Zonengrenze abfinden

Die Unions-Fraktion stellt mit Bedauern fest, daß die Bundesregierung den Jahresbericht des Bundesgrenzschutzes,

soweit er sich mit der Situation an der Demarkationslinie befaßt, kommentarlos der Öffentlichkeit übergeben hat. Kein Wort zu den 900 000 Minen, über 39 000 Tötungsautomaten und mindestens fünf Opfern von Fluchtversuchen. Keinesfalls dürfe der Eindruck entstehen, als fände man sich in der Bundesrepublik Deutschland mit diesen empörenden Zuständen ab, erklärte hierzu der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen, der CDU-Abgeordnete Olaf von Wrangel.

Die CDU/CSU fordert daher die Bundesregierung auf, endlich mit der DDR Verhandlungen über einen Abbau dieser Mordanlagen mitten in Deutschland aufzunehmen und dieses Thema gleichzeitig zum Gegenstand einer internationalen Diskussion zu machen. Dazu gehört u. a., daß dieses Problem gründlich vorbereitet auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgetragen wird.

BDA und CDU besprachen Familienpolitik

Zu einem weiteren Gespräch über aktuelle wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen trafen leitende Mitarbeiter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn zusammen. Im Mittelpunkt des Gespräches der beiden Delegationen, die vom Vorsitzenden des Ausschusses für Soziale Sicherung der Bundesvereinigung, Dr. Werner Draeger, und vom Bundesgeschäftsführer der CDU, Ulf Fink, geführt wurden, standen Fragen der Sozial- und Familienpolitik.

Im einzelnen diskutierten die Gesprächsteilnehmer Fragen der sozialen Sicherung unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen Konsolidie-

rung der Rentenfinanzen, Fragen der 84er-Reform sowie das Problem der Sicherung des Generationenvertrages. Die Mitarbeiter der CDU erläuterten die familienpolitischen Forderungen der Partei. Sie betonten, die CDU messe der Familienpolitik besondere Bedeutung zu. Im Rahmen eines familienpolitischen Gesamtkonzeptes komme der Anerkennung der Erziehungsleistung in der Rentenversicherung zur Sicherung des Generationenvertrages Priorität zu. Das Gespräch, in dem auch unterschiedliche Standpunkte zum Ausdruck kamen, soll fortgesetzt werden.

Türken-Extremisten werden gefährlich

Zu einer kritischen Beurteilung der „Föderation Türkischer Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland“ (FIDEF) hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe ausländischer Arbeitnehmer der CDU/CSU-Fraktion, Albrecht Hasinger, aufgefordert. Vor dem Hintergrund des FIDEF-Kongresses in Frankfurt erklärte Hasinger in Bonn, keinesfalls sei diese Vereinigung das Sprachrohr der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeitnehmer. Nach dem Verfassungsschutzbericht 1978 der Bundesregierung handle es sich bei der FIDEF um eine „orthodox-kommunistisch beeinflußte“ Organisation. Ihr antiwestlicher Kurs zeige sich daran, daß sie die von Bonn vorgesehene Türkenhilfe ablehne. Hasinger forderte angesichts des immer offeneren Auftretens links- und rechtsextremer türkischer Organisationen auf deutschem Boden eine noch kritischere Beobachtung durch Verfassungsschutz und Polizei und eine konsequenteren Ahndung von Gesetzesverstößen, wie etwa Waffenbesitz. Bei zunehmender Militanz müsse ein Verbot in Betracht gezogen werden.

AUSLANDSKREDITE

Gefährliche Wege zur Finanzierung des verschuldeten Staatshaushalts

Der Bund nimmt im Ausland Kredite auf. Von fünf bis zehn Milliarden DM ist die Rede. Gewährt werden sollen sie von Saudi-Arabien. Ob andere Länder sich ebenfalls beteiligen werden, ist noch offen. Die Aufnahme der Kredite erfolgt in DM. Gegen diese Kredite müssen erhebliche Bedenken geltend gemacht werden.

Die Bundestagsfraktion hat jetzt in dieser Sache eine Kleine Anfrage eingebracht, zu der MdB Rudolf Sprung, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Geld und Kredit der Fraktion, folgendes erklärt: Die in den letzten Wochen erfolgte Kreditaufnahme des Bundes bei arabischen Öl-Staaten zeigt, daß die Bundesrepublik auf dem besten Wege ist, vom traditionellen Gläubigerland zum Schuldnerland zu werden. Wir sind ein Defizitland geworden, das am Jahresende in der Leistungsbilanz aus heutiger Sicht ein Minus von rd. 20 Mrd. DM aufweisen wird.

Durch diese Entwicklung ist die DM ins Gerede gekommen, die Situation im Europäischen Währungssystem, der schwache Wechselkurs der DM bewiesen es.

Auf den ersten Blick gibt es eine Reihe guter Gründe, in der jetzigen Situation Kredite bei den Öl-Staaten aufzunehmen. Diese werden von Bundesfinanzminister Matthöfer immer wieder betont. Sie reichen von der Erleichterung

für unsere Leistungsbilanz, der Stützung des DM-Kurses bis hin zur willkommenen Recycling-Möglichkeit für die Ölländer. Dies ist jedoch nur die eine, äußerst kurzfristige und kurzsichtige Betrachtung. Sie beweist zudem nicht viel mehr, als daß der Bundesfinanzminister um immer neue Erklärungen für seine unverantwortliche Schuldenpolitik nicht verlegen ist.

In Wahrheit liegen die Dinge anders: Wir und an erster Stelle der Bund leben über unsere Verhältnisse. Seit der Überbeanspruchung des inländischen Kapitalmarktes durch immer neue Schuldenrekorde des Bundes in den letzten Jahren haben wir auf Kosten der nächsten Generation gelebt. Mit der neuen Art der Finanzierung des Haushaltsdefizits bei den Öl-Staaten beginnen wir, zusätzlich auf Kosten des Auslands unseren Wohlstand zu finanzieren.

Statt die gestiegene Ölrechnung durch Einsparungen an anderer Stelle zu bezahlen, wird sie durch Kredite bei den Öllieferanten beglichen.

Dabei wäre es die einzige richtige und solide Politik, die Verschuldung des Bundes durch sparsamste Ausgabenpolitik herunterzudrücken. Dazu fehlen der Bundesregierung jedoch seit Jahren Kraft und Mut. Alle gegenteiligen Beteuerungen sind nicht mehr als wahlaktische Lippenbekenntnisse. Es ist schon fatal, wenn Bundesfinanzminister

Matthöfer in der jetzigen Hochkonjunktur davon spricht, daß die Ausgabenkürzungen zur Deckung des Nachtragshaushalts 1980 ihn an die Grenze des konjunkturpolitisch Vertretbaren brächten.

Hier hilft nur eine Politik der Sparsamkeit und des knappen Geldes, und zwar seitens der Bundesbank und seitens des Bundes. Solange erneut versucht wird, die Bundesbank alleine die Lasten der Stabilitätspolitik tragen zu lassen, werden die Dinge nicht in Ordnung kommen.

Durch Kernenergie Öl-Devisen sparen

Bundesfinanzminister Matthöfer oder seine Beauftragten reisen zur Zeit durch die Ölländer und pumpen Geld, für das dann Zinsen aus deutschen Steueraufkommen zu zahlen sind. Im Jahre 1973 mußte die Bundesrepublik Deutschland 13,5 Milliarden Mark für Ölimporte ausgeben; 1975 waren es bereits 45 Milliarden Mark und für 1980 rechnen wir mit 60 Milliarden Mark.

Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Diese Frage beantwortet MdB Christian Lenzer, forschungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, wie folgt: Seit der Ölkrise hat die Bundesregierung keine entscheidenden Maßnahmen getroffen, um die Ölabhängigkeit zu reduzieren. Dabei wäre dies dringend notwendig gewesen, weil allein durch die Steigerung des Dollars an den internationalen Devisenmärkten in den letzten Wochen weitere rund zehn Milliarden Mark zusätzlich unsere Ölrechnung belasten.

Ein wichtiger Schritt aber zur Verdrängung des Mineralöls — zum Beispiel im Wärmebereich — wäre eine konse-

quente Politik auf diesem Gebiet. Hätte die Bundesregierung 1973 hier Maßnahmen getroffen, um mit Kernenergiestrom verstärkt über Wärmepumpen zum Ersatz von Heizwärme und warmem Brauchwasser beizutragen, so brauchte der Finanzminister heute keine Milliarden bei den Ölscheichs einzusammeln. Für die Erzeugung des Kernenergiestroms bedarf es lediglich des Aufwandes an Natur-Uran und der Anreicherungs- und Brennstoffkreislauf-Kosten. Würde dieser Strom aber über Wärmepumpen zur Verdrängung des Öls eingesetzt, könnte man bei den heutigen Preisen einige hundert Millionen Tonnen an Öl langfristig einsparen und unsere Ölrechnung spürbar entlasten. Der Bau zweier zusätzlicher Kernkraftwerke im Jahre 1973 und der verstärkte Einsatz des Stroms zu Heizungszwecken hätte heute bereits dazu geführt, daß 17 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1980 für den Wärmesektor zusätzlich zur Verfügung stünden. Etwa zwei Milliarden Mark brauchte im Jahre 1980 die Bundesrepublik dann weniger für ihre Ölimporte aufzuwenden.

Hieraus erkennt man, in welchem Umfang auch Kernenergiestrom zur Verringerung der Ölabhängigkeit beitragen kann. Dazu bedarf es aber eines koordinierten Programms zwischen Kraftwerkbau und Anlagen zur Ersetzung des Öls. Gleichzeitig hätte ein derartiges Programm zur Sicherung der Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur bei den Kraftwerksherstellern, sondern auch bei einer Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen bis in den Handwerksbereich führen können. Bei realistischer Betrachtungsweise kann so ein entscheidender Beitrag zur Substitution des Öls aus dem Heizungsbereich geleistet werden.

BUNDESWEHR

Soziale Lage der Soldaten muß verbessert werden

Nach der Osterpause steht ein Beratungspunkt auf der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses, der längst überfällig ist: die soziale Lage in der Bundeswehr. Hierzu Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Verteidigung“ der Bundestagsfraktion:

Z war dürfte es darüber eigentlich nichts mehr zu beraten geben; denn Bundesverteidigungsminister Hans Apel hatte bereits 1979 ein „soziales Jahr“ für die Streitkräfte angekündigt. Auch das Weiße Buch des vergangenen Jahres ist mit dem Anspruch aufgetreten, „das Programm für die vor uns liegenden Jahre“ zu sein — womit, wenn man diesen Anspruch ernst nimmt, ja doch sicherlich auch die Verhältnisse der Truppe gemeint sind. Indes: Gerade im sozialen Bereich ist ein totales Defizit zu beklagen.

Es gibt an der Spitze der Bundeswehr ganz offenkundig keine Vorstellungen darüber, wie man den Verwendungs- und Beförderungsstau, die ungenügende Wohnungsfürsorge, die Mängel im Kantinenwesen oder die wenig erheiternde Lage der Wehrpflichtigen beheben kann.

Dabei ist die Bundesregierung in den vergangenen Jahren immer wieder — und zwar von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages — auf die besondere Dringlichkeit und Brisanz des Problems hingewiesen worden. Der

SPD-Abgeordnete Horn beispielsweise forderte Ende 1979 die politische Führung der Streitkräfte auf, für die Soldaten endlich ein „Signal“ zu setzen, aus dem sie ersehen könnten, daß nun allmählich ernst gemacht und auf ihre berechtigten Forderungen nicht nur mit schönen Worten, sondern mit Taten eingegangen werde.

Der Verteidigungsausschuß wandte sich zur gleichen Zeit mit einem ganzen Katalog von gemeinsam gefaßten Entschlüsse — leider ohne Erfolg — an die Bundesregierung. Und schließlich setzten sich in der Debatte zum Jahresbericht des Wehrbeauftragten 1979 im Plenum des Bundestages die Sprecher aller Fraktionen nachdrücklich dafür ein, daß nach den Rüstungsbemühungen der vergangenen Jahre nunmehr der Mensch in den Streitkräften wieder in den Mittelpunkt rücken müsse. Wenn Kampfkraft und Verteidigungsbereitschaft gefordert würden, dürfe man nicht nur an Waffensysteme und Munition denken.

Trotz solcher Anmahnungen ist bislang so gut wie nichts passiert. Die Personaldecke ist knapper geworden. Der Verwendungsstau bei Unteroffizieren und Offizieren hat zur Überalterung der Führung geführt und blockiert nunmehr den Nachwuchs. Die zur Bedienung des neuen, hochwertigen Geräts erforderlichen Dienstposten gibt es allenfalls auf dem Papier. Für die zeitliche Überfor-

derung der Soldaten mit teilweise 70 — und mehr — Wochenstunden mangelt es an jeglichem Ausgleich. Und: Die vom Verteidigungsausschuß bei der Beratung des Einzelplans 14 erneut geforderte allgemeine Truppenzulage ist bis heute ein frommer Wunschtraum geblieben.

13000 Unteroffiziere fehlen der Bundeswehr

Man kann nun aber über derlei Fragen nicht so leichtsinnig zur Tagesordnung übergehen; denn solche Mängel und Fehler beeinträchtigen sehr nachhaltig die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte und stören ihr inneres Gefüge. Wenn nämlich die Bundeswehr erst einmal ihre Attraktivität auf die benötigten jungen Leute verliert und ihre Soldaten nicht mehr motivieren kann, bekommt die Verteidigungsfähigkeit einen irreparablen Knacks. Zu den alarmierendsten Zahlen des Weißbuches 1979 zählt daher die Feststellung, daß zur Zeit — eine Folge der sinkenden Verpflichtungsbereitschaft — 13 000 Unteroffiziere in der Bundeswehr fehlen.

Was ist zu tun? Die Bundesregierung muß endlich ihre eigenen Ankündigungen wahrmachen und sich der sozialen Lage der Soldaten ernsthaft annehmen. Auf den Rest der Legislaturperiode bezogen, heißt das: Es muß wenigstens noch ein Minimalprogramm anvisiert werden, das unter anderem folgende Schwerpunkte umfassen sollte:

- die Wiederherstellung der besonderen Dienstaltersgrenze als ein Einstiegsmittel gegen den Verwendungs- und Beförderungsstau;
- die Erhöhung des Schüleretats, wodurch eine schwere Doppelbelastung in

der Truppe abgebaut und der Stau ebenfalls gemildert werden könnte;

— die Anhebung und Vermehrung von Stellen, die beispielsweise zur Erfüllung von neuen Aufgaben im Rahmen der Heeresstruktur und der Gesamtverteidigung erforderlich geworden sind;

— die Verwirklichung einer allgemeinen Truppenzulage und die Anhebung des A 9-Stellenanteils für Hauptfeldwebel auf 30 Prozent;

— die rasche Verbesserung der im argen liegenden, auf viele Soldaten demoralisierend wirkenden Wohnungsfürsorge; und nicht zuletzt

— die Erhöhung des Wehrsoldes, wobei sich der Betrag wenigstens an der Höhe der seit der letzten Anhebung festgestellten Inflationsrate orientieren müßte.

Soldaten dürfen nicht schlechter gestellt werden

Die Bundeswehr wird nur dann ihren Verteidigungsauftrag voll gewährleisten, wenn ihre Angehörigen — Soldaten und Zivilisten — in ihrer sozialen Stellung nicht weit hinter anderen Gruppen unserer Gesellschaft herhinken. Daß junge Wehrpflichtige hier und da beinahe doppelt so viele Wochenstunden ableisten müssen wie ihre im Arbeitsprozeß stehenden Altersgenossen, ohne daß sie dafür auch nur eine annähernd angemessene Vergütung erwarten können, beleuchtet das Problem, um das es hier geht. Um wenigstens die im Haushalt 1980 vorgesehenen Verbesserungen — rückwirkend ab 1. Januar dieses Jahres — wirksam werden zu lassen, sollte schließlich das Besoldungsstrukturgesetz so rasch wie möglich vom Deutschen Bundestag verabschiedet werden.

■ KOALITION

SPD-Linke nimmt Castro in Schutz

Tausende von Kabanern haben die erste sich bietende Chance genutzt, das Land verlassen zu können. Der Sturm auf die Botschaft von Peru in Havanna ist ein anrührendes Zeichen der Sehnsucht nach materieller und geistiger Freiheit und ein in seiner Deutlichkeit kaum zu überbietendes Negativurteil über das Castro-Regime.

Einer obskuren „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland — Kuba“ bleibt es vorbehalten, in einem in Bonn verteilten Traktat zu behaupten, bei keinem der Flüchtlinge handele es sich um einen politisch Verfolgten, keiner brauche Asyl. Das Flugblatt spricht von „Asozialen“ und „Kriminellen“ und übernimmt damit voll die hastige Reaktion der Machthabenden in Havanna.

Hierzu erklärte CDU-Sprecher Günther Henrich: Man bräuchte sich mit dem Papier dieser „Gesellschaft“ nicht lange aufzuhalten, wenn es nicht den Namen eines SPD-Bundestagsabgeordneten tragen würde: Klaus Thüsing, MdB. Damit wird der Vorgang zu einem Skandal. Der SPD-Abgeordnete Thüsing „weiß“ also, daß unter den nahezu zehntausend Flüchtlingen, die unter unzumutbaren Bedingungen auf dem Gelände der Botschaft von Peru in Havanna hausen und auf ihre Ausreise hoffen, „kein politisch Verfolgter“ ist und macht sich den für diese Gruppe verwendeten Ausdruck „solche Elemente“ offenbar zu eigen. Das Vorstandsmitglied der „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepu-

blik Deutschland — Kuba, Klaus Thüsing, SPD-MdB, hat, folgt man der Meinung seines Klubs, wohl auch schon ausgemacht, wo die eigentlichen Ursachen der Krise der internationalen Beziehungen liegen, nämlich „in der forcierten Hochrüstung und der Unberechenbarkeit der US-amerikanischen Außenpolitik“.

Die am 8. April in Bonn verteilte Presseerklärung der „Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland — Kuba“ müßte es für die Fraktionsführung eigentlich wert sein, sich mit den außerparlamentarischen Aktivitäten des Bundestagsabgeordneten Klaus Thüsing zu befassen. Aber die SPD-Führung vollbringt stets dann große Leistungen, wenn es darum geht, über extrem linke Aktivitäten von Funktionsträgern aus den eigenen Reihen mit Stillschweigen und Gewährenlassen hinwegzugehen.

Umweltschutz als Wahlpropaganda

Zu den Ausführungen, mit denen der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick die Absicht von Bundeslandwirtschaftsminister Ertl unterstützt, Grundstücke zu angeblichen Zwecken des Umweltschutzes für den Bund aufzukaufen, erklärt der CSU-MdB Paul Gerlach, diese Absicht entspringe ausschließlich dem Bedürfnis Ertls nach propagandistischer Selbstdarstellung. Sie sei außerdem verfassungswidrig, weil ein solches Vorgehen gegen das vom Verfassungsgericht ausgesprochene Verbot des Mißbrauchs von Haushaltsmitteln des Bundes für die Wahlkampfwerbung von Regierungsmitgliedern verstößt. Der nicht überraschende Beifall Mischnicks sei eine peinlich wirkende Verbeugung vor den rot schillernden Grünen.

Millionen flohen vor dem Marxismus

Über elf Millionen Menschen sind nach Angaben des entwicklungspolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Jürgen Todenhöfer, seit 1973 in den Entwicklungsländern vor dem Marxismus geflohen. Todenhöfer forderte die Bundesregierung auf, dem Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit einen umfassenden „Flüchtlingsbericht“ über die Dritte Welt vorzulegen. Er soll vorurteilslos die politischen Ursachen der Flüchtlingsströme darstellen. Bonns Flüchtlingshilfe müsse entscheidend verbessert werden.

Die Bundesregierung soll auf der Grundlage dieses Berichts auf der UN-Generalversammlung über Entwicklungsfragen im August die Initiative zu einer umfassenden politischen Debatte ergreifen, verlangte der CDU-Politiker.

Die über elf Millionen Flüchtlinge in den Entwicklungsländern stammten aus sozialistischen und marxistischen Ländern. Die meisten von ihnen hätten ihre Heimat im Zusammenhang mit der „sowjetische Offensive in der Dritten Welt“ verloren. Nur insgesamt 4,8 Prozent der Flüchtlinge komme aus sogenannten kapitalistischen Entwicklungsländern. „Die Menschen fliehen in erster Linie vor dem Marxismus und nicht vor dem Kapitalismus“, stellte Todenhöfer fest.

Zusammenarbeit mit den Kommunisten offiziell

Es gibt Anzeichen dafür, daß sich die betont linke Ecke der SPD erneut mit dem Gedanken trägt, zusammen mit anderen mehr oder weniger radikalen Gruppierungen eine neue Partei zu gründen. So werden sich Anfang Mai in Hannover Vertreter der SPD mit dem

Landesvorsitzenden Peter von Oertzen an der Spitze sowie führende Jungsozialisten mit Abgesandten der „alternativen“, des VDS und des Kommunistischen Bundes treffen, um über die Erfolgsaussichten eines solchen Unternehmens nachzudenken. Die Vorarbeit verspricht gründlich zu werden und ist von Vorsicht geprägt. So sollen zunächst ständige regionale Gesprächskreise der organisierten und nichtorganisierten Linken das Terrain sondieren.

Die SPD-Linke steht offenbar auf dem Sprung, die insgeheim bereits seit längerem betriebene Zusammenarbeit mit Kommunisten zu institutionalisieren. Lautstark wurde von der SPD-Spitze bisher jegliche Kooperation mit Kommunisten von sich gewiesen. Es verdient Interesse, wie jetzt das Erich-Ollenhauer-Haus auf jüngste Meldungen aus Hannover reagieren wird.

Kritik an NRW-Presseschau

Eine „durch Nachrichtenselektion verursachte Schönfärberei“ hat CDU-Presesprecher Geraedts dem nordrhein-westfälischen Landespresseamt vorgeworfen. Anlaß der Kritik ist eine Presse schau der Regierung, in der ein positiver Bericht des „Stern“ über die umstrittene Gesamtschule, nicht aber ein ungewöhnlich negativer Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ über die Schulreform an Landtagsabgeordnete und Beamte verbreitet worden war. Geraedts nannte den vom Landespresseamt vervielfältigten Illustrierten-Bericht einen „selbst für Eltern von Gesamtschülern nicht nachvollziehbaren Propaganda-Artikel“ und stellte die Frage, ob unter diesen Umständen nicht die finanziellen Ausgaben für den Pressedienst überflüssig würden, da auf ein objektives Bild der Wirklichkeit verzichtet werde.

■ MITTELSTANDSKONGRESS

Steuerliche Vereinfachungen und Erleichterungen gefordert

Unter dem Motto „Mittelstand — Garant der Freiheit“ hielt die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU am Freitag und Samstag (11./12. April) in der saarländischen Landeshauptstadt Saarbrücken ihren 25. Bundeskongress ab. Im Mittelpunkt stand die Verabschiebung eines mittelfristigen Steuerprogramms, das den mehr als zwei Millionen mittelständischen Unternehmen und freiberuflich Tätigen in der Bundesrepublik wesentliche Steuererleichterungen und -vereinfachungen bringen soll.

Scharf rechnete der Vorsitzende der Vereinigung, Professor Gerhard Zeitel, mit den Versäumnissen der sozial-liberalen Koalition in Bonn ab. Die vielen Hilfs- und Förderprogramme sind nur das Feigenblatt für Versäumnisse in der Gesellschaftspolitik, stellte Zeitel unter dem Beifall der 350 Delegierten und zahlreichen Ehrengästen fest.

Nicht Subsidien seien der Anspruch des Mittelstandes an die Politik, sondern vernünftige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Wenn die derzeitige Bonner Regierung nach den Wahlen im Herbst ihre Arbeit fortsetzen könne, werde der Spielraum der mittelständischen Wirtschaft weiter schrumpfen.

Zeitel warnte davor, den Mittelstand lediglich als ökonomische Größe zu werten, vielmehr komme ihm ein zentra-

ler Beitrag zur Gesellschaftspolitik zu. „Wir wollen keine Gesellschaft von Abhängigen oder Knechten, sondern eine freiheitliche Gesellschaft.“

In dem in Saarbrücken einstimmig verabschiedeten Steuerprogramm wird der Erleichterung der Eigenkapitalbildung der mittelständischen Wirtschaft zentrale Bedeutung zugemessen. Durch die Einführung einer steuerfreien Rücklage bis zu 50 000 DM im Jahr für Klein- und Mittelbetriebe soll die Unterkapitalisierung des deutschen Mittelstandes Zug um Zug beendet werden.

Der Einkommensteuertarif soll nach Meinung der Mittelstandsvereinigung mit einer „erheblichen Abflachung des Progressionsanstiegs“ entschärft werden. Die Altersvorsorge der Selbständigen soll außerdem steuerlich an die Regelungen bei den Arbeitnehmern angeglichen werden. Erleichterung für die mittelständischen Unternehmer und Selbständigen soll zudem der Übergang zum Zweijahresrhythmus bei der Veranlagung bringen, wobei allerdings das Vorauszahlungsverfahren beibehalten werden soll.

Der „Knoten von Strukturproblemen“ der deutschen Wirtschaft läßt sich nach Auffassung von Gerhard Zeitel nur an einem Punkt auflösen, nämlich durch ein höheres Wirtschaftswachstum. „Es muß mehr Dampf unter den Schornstein“, meinte er. Sparen allein bringe nichts mehr angesichts des desolaten

Zustandes der öffentlichen Haushalte. Aber ein Prozent mehr Sozialprodukt bringe rund zehn Milliarden DM mehr in die öffentlichen Kassen.

Keine Manipulationen am Ladenschlußgesetz

Besonders hart ging der Vorsitzende mit der von Bundesarbeitsminister Ehrenberg vorgeschlagenen Änderung der Arbeitszeitverordnung ins Gericht. Wenn nur noch zwei Überstunden möglich wären, so bedeute dies den Verlust eines spezifisch mittelständischen Vorteils, nämlich der raschen Anpassungsfähigkeit im Gegensatz zu bürokratisierten Großunternehmen.

Der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der Bundestagsfraktion, MdB Hansheinz Hauser (Krefeld), hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß die Unionsparteien „zur Einführung einer Arbeitsmarktabgabe für Selbständige ein entschiedenes Nein sagen“, da eine solche Sonderabgabe nicht nur verfassungswidrig sein würde, sondern auch Kosten mit sich bringe, die die mittelständischen Betriebe nicht hinnehmen könnten.

Entschiedenen Widerstand kündigte Hauser auch gegen „Forderungen zur Manipulation im Ladenschlußgesetz“ an. Eine Änderung der geltenden Regelung würde unübersehbare soziale und finanzielle Folgewirkungen mit sich bringen, deren Leidtragende nicht nur der mittelständische Einzelhandel, sondern am Ende auch der Verbraucher sein werde. Höhere Kosten für mehr Personal oder für Überstundenvergütungen müßten unausweichlich auf die Preise durchschlagen.

Zur politischen Situation stellte Hauser fest: Die FDP kann wegen des totalen

Verlustes ihrer Glaubwürdigkeit in der Mittelstandspolitik nicht mehr ernst genommen werden; ihre Haltung in der Frage der Schwarzarbeitsbekämpfung, der Änderung des Schwerbehinderten gesetzes, vor allem aber bei der Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für das Gaststättengewerbe belegen dies eindeutiger, als es der politische Gegner selbst könnte. In der Mittelstandspolitik kann die FDP nichts mehr bewegen, weil die SPD ihr die bundespolitische Zwangsjacke angezogen hat. Deshalb machen alle anders lautenden Be teuerungen ihrer führenden Politiker nur eines deutlich: die FDP ist eine mittelstandspolitischen Mogelpackung.

In einem mit Stimmenmehrheit angenommenen Antrag wird die Bundestagsfraktion aufgefordert auf eine „saisonal und beruflich begrenzte Lockerrung des Gastarbeiterstopps hinzuwirken“. Begründet wurde dies vor allem mit der Personalnot im Gaststättengewerbe, wo gegenwärtig fast 50 000 Stellen nicht besetzt werden könnten.

Organisationsstruktur soll weiter verbessert werden

Während der Tagung wurde von den verschiedensten Sprechern die Bedeutung der Vereinigung auch innerhalb der Partei herausgestellt, was sich in einer kontinuierlichen und stetigen Auf wärtsentwicklung der Mitgliederzahl deutlich dokumentiert. Durch eine weitere Verbesserung der Organisations struktur, speziell auf der Ebene der Kreisverbände, soll die Vereinigung weiter gestärkt werden.

Prof. Dr. Winfried Pinger gab einen ersten Zwischenbericht über das in Arbeit befindliche Grundsatzprogramm.

(Fortsetzung nächste Seite)

Sozialwahlen sind wichtig

Zu den Sozialwahlen erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Am 1. Juni 1980 finden Sozialwahlen statt. Millionen von Bundesbürgern sind aufgerufen, ihre Vertreter in die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger (Renten-, Kranken-, Unfallversicherung und Bundesanstalt für Arbeit) zu wählen. Wählen heißt mitbestimmen, mitgestalten und mitentscheiden. Durch Beteiligung an der Selbstverwaltungswahl kann jeder einzelne über die von ihm gewählten Vertreter an wichtigen Entscheidungen mitwirken. Es geht um die Verwendung der Beiträge und Steuern. Es geht um eine sparsame und saubere Verwaltung der Milliardenhaushalte der Sozialversicherungsträger.

Die Selbstverwaltung ist für die CDU ein hohes demokratisches Gut. Sie entspricht dem Prinzip der Subsidiarität. Eine lebendige und verantwortungsbewußte Selbstverwaltung leistet einen unverzichtbaren Beitrag für unsere demokratische Ordnung. Es muß unser aller Interesse sein, eine funktionierende Selbstverwaltung zu erhalten und damit nachdrücklich zu beweisen, daß von den Versicherten ein Mehr an Selbstbestimmung einem Mehr an Staat vorgezogen wird.

Jede Stimme ist eine Stimme für die Selbstverwaltung und für mehr Mitbestimmung in der Sozialversicherung, deren Gestaltung nicht allein der Gesetzgebung und der Verwaltung überlassen sein soll. Selbstverwaltungsorgane sind lebendiger Ausdruck einer pluralistischen Gesellschaft.

Einen Versuch, unsere Versicherungssysteme der gegliederten Kranken- und Rentenversicherung auszuöhnen zugunsten von Einheitsversorgungssystemen, werden wir als Angriff auf unsere bewährte Selbstverwaltung und pluralistische Gesellschaft werten.

Selbstverwaltung ist für die CDU grundlegendes Element einer sozialen Ordnungspolitik: „Die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ist für uns unverzichtbar. Als Element des unmittelbaren Einflusses der Versicherten kann sie nur wirken, wenn sie nicht selbst Züge der Bürokratie und Funktionärsverwaltung annimmt.“

(CDU-Grundsatzprogramm Ziff. 112.)

Die Grüße der Landesregierung überbrachte Ministerpräsident Werner Zeyer; für den verhinderten Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß war der stellvertretende CSU-Vorsitzende MdB Werner Dollinger gekommen.

Zum Abschluß des Kongresses sprach der Parteivorsitzende Helmut Kohl; er würdigte nicht nur die Arbeit der Delegierten, sondern bescheinigte ihnen

auch, daß es ohne einen gesunden Mittelstand keine gesunde Volkswirtschaft in der Bundesrepublik geben würde. Helmut Kohl sprach sich für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft aus. Leistung müsse wieder belohnt werden, und deshalb — so stellte er unter großem Beifall fest — brauchen wir eine Tendenzwende in der deutschen Politik.

■ LV OLDEMBERG

Mobilisierung für den Wahlkampf

Bei Vorbereitung der Bundestagswahl im Herbst genüge es nicht, aus 100prozentigen CDU-Anhängern 150prozentige zu machen. Es geht darum, die Schwankenden und Abseitsstehenden davon zu überzeugen, daß ein Kurswechsel in Bonn notwendig sei. Diesen Appell stellte der niedersächsische Finanzminister und Spitzenkandidat der CDU des Landes Niedersachsen, Walther Leisler Kiep, an die Spitze seiner Ausführungen vor den rund 300 Delegierten des Landesparteitags der Oldenburgischen CDU in der Weser-Ems-Halle.

Minister Gerhard Glup, der seit 15 Jahren Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Oldenburg ist, wurde mit demonstrativem Beifall für die langjährige aufopferungsvolle und energische Arbeit geehrt.

Neben weiteren Anträgen zur Familienpolitik, Jugendarbeit, Schule und Energie- und Steuerpolitik verabschiedete der Landesparteitag eine Resolution gegen die Teilnahme von Sportlern aus der Bundesrepublik Deutschland an den Olympischen Spielen in Moskau. Die Delegierten forderten die Bundesregierung auf, sich gegen eine Teilnahme westdeutscher Sportler an den Spielen zu entscheiden.

Schließlich hat der Parteitag in mehreren Änderungsanträgen zur Landessatzung die Anpassung der Satzung des CDU-Landesverbandes Oldenburg an das Bundesstatut beschlossen.

Jede Woche Flugblatt „Zur Sache“

Die Bundesgeschäftsstelle wird den Kreisgeschäftsstellen zur Bundestagswahl wieder in wöchentlichen Abständen die reproduktionsfähige Vorlage eines Flugblattes „Zur Sache“ zusenden, das dann „vor Ort“ in der benötigten Auflage hergestellt werden kann. Auch der UID veröffentlicht diese Vorlage regelmäßig.

Nachfolgend die Themenplanung der Bundesgeschäftsstelle. Der dabei angegebene Termin bezieht sich jeweils auf den Samstag, an dem eine Verteilung stattfinden sollte. Die Vorlage wird kurz zuvor eingehen.

Bei den Titeln handelt es sich um Arbeitstitel, die sich in der Endfassung noch ändern können. Und selbstverständlich haben bei wichtigen, jetzt noch nicht vorhersehbaren politischen Ereignissen diese Themen absoluten Vorrang; d. h. Flugblätter nehmen dann sofort dazu Stellung.

Termin	Thema
19. 4.	Renten
26. 4.	Soziale Marktwirtschaft einschl. Arbeitslosigkeit, Frauenarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Inflation (Anlaß: 1. Mai)
3. 5.	Energiepolitik
10. 5.	Familienpolitik einschl. Erziehungsgeld, Schutz des ungeborenen Lebens, Hausfrau und Mutter (Anlaß: 11. Mai, Muttertag)
17. 5.	CDU-Parteitag-Vorschau
25. 5.	CDU-Parteitag-Rückblende

31. 5. Politik für die Jugend (Anlaß: Jugendveranstaltung)
7. 6. Kommunalpolitik (Anlaß: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg am 22. Juni)
14. 6. Deutschlandpolitik (Anlaß: 17. Juni)
21. 6. SPD/FDP-Parteitage- Rückblende
28. 6. Steuern, Staatsverschuldung
19. 7. Olympiade
2. 8. Entbürokratisierung (Bürokratische Belastung der Unternehmen)
9. 8. Menschenrechte (Anlaß: 13. August)
16. 8. Innere Sicherheit
23. 8. Umweltpolitik
30. 8. Außenpolitik (Europapolitik)
6. 9. Politik für die Frauen (Anlaß: Frauenkongreß am 12. September)
13. 9. Wahlkampferöffnung
20. 9. Menschliche Umwelt
27. 9. Energie und Wachstum
4. 10. Frieden in Freiheit

Neue Bücher zum Thema Wahlkampf

Die folgenden drei Neuerscheinungen empfehlen wir Ihnen als praktische Hilfsmittel für Ihre Wahlkampfarbeit:



Peter Radunski
„Wahlkämpfe Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation“
Olzog-Studienbuch
Preis: 24,— DM

Peter Radunski ist Leiter der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Geschäftsstelle.



Werner Wolf
„Der Wahlkampf Theorie und Praxis“

Verlag Wissenschaft und Politik, Köln
Preis: 19,80 DM

Werner Wolf ist Grundsatzreferent der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag.
(Beide Bücher sind auch über

die Bundeszentrale für politische Bildung erhältlich.)

Friedhelm Görgens, Gerhard Pietsch, Günter Meyer
„Planvoll kämpfen — gemeinsam siegen“

Verlag Publizistik und Werbung, Köln
Schutzgebühr: 1,— DM

Friedhelm Görgens ist Pressereferent der CDU Rheinland. Gerhard Pietsch und Günter Meyer sind Landesgeschäftsführer der CDU in NRW.

Östliche Kernkraftwerke: Bonn drückt beide Augen zu

Der Vorsitzende des Forschungsausschusses im Bundestag, der Unions-MdB Probst, hat die Bundesregierung aufgefordert, in Gesprächen mit Ost-Berlin die Sicherheit von Kernkraftwerken in der DDR nicht auszusparen. Probst wirft der Bundesregierung vor, daß sie den Sicherheitsstandard in benachbarten östlichen Kernkraftwerken als hinreichend darstelle, obwohl sie viel zu wenig über diese Kernkraftwerke informiert sei.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBOHR BEZAHLT

ZITAT

Moskau scheut das Risiko nicht mehr

Es scheint, daß der Westen erkannt hat, es habe sich etwas zugetragen, das sich von Ungarn und der Tschechoslowakei unterscheidet: das Hinausgreifen der Sowjetunion über ihren Block, die Bedrohung einer für die Existenz der westlichen Industriestaaten wichtigen Region und die Beanspruchung von Sicherheitsbedürfnissen in einem Umfang, daß sie auch von Herbert Wehner nicht mehr befriedigt werden können. Die Ausdehnung des Raumes führt nicht zur Saturierung, sondern zu neuen Ansprüchen, um das Gewonnene verteidigen zu können. Anders ausgedrückt: Wer Afghanistan hat, schiebt, um es behalten zu können, auch nach Pakistan und dem Iran.

Wir haben es nicht mit Fehlkalkulationen, sondern mit einer neuen Politik im Kreml zu tun; mit einer Politik, die von den Mitteln Gebrauch macht, über die

die Sowjetunion verfügt. Diese Politik ist nicht mehr vorsichtig abwägend und abenteuerscheu, wie noch vor einem halben Jahrzehnt, sondern risikobereit und anmaßend. Ansprüche und Zielsetzungen sind weitreichend. Es ist eine imperiale Politik, und deren Dirigenten sind sich ihrer Macht und ihrer Möglichkeiten sehr genau bewußt.

Diese Politik ist insofern altmodisch, als sie den Ehrgeiz hat, in ihren Resultaten die Politik der alten imperialistischen Mächte — zu denen auch Rußland zählen — zu übertreffen; sie ist auch modern, indem sie die sozialen und revolutionären Umbrüche vor allem in der Dritten Welt zu erhitzten und dann auszubeuten versucht. Moskau versucht das eine Mal die Ideologie, das andere Mal wirtschaftliche Interessen als Schwungrad zu gebrauchen. Von der Flexibilität dieser Politik kann man sich in diesen Tagen wieder eine Vorstellung machen: Moskau unterstützt Teheran gegen Bagdad, obwohl es mit diesem eine Art Bündnisvertrag hat, und es hilft Argentinien beim Aufbau von Atomkraftwerken, ohne sich des dortigen brutalen Militärregimes zu erinnern. *Süddeutsche Zeitung, 12. April 1980*

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. Verlag: Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. Vertrieb: Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.